



Detailansicht des Registereintrags

Bundesarchitektenkammer e.V.

Stand vom 27.02.2025 14:19:02 bis 27.02.2025 14:28:57

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002429
Ersteintrag:	01.03.2022
Letzte Änderung:	27.02.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	03.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Askanischer Platz 4 10963 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +49302639440 E-Mail-Adressen: info@bak.de Webseiten: www.bak.de</p>
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23	
Mitgliedsbeiträge	
Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:	
Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23	
2.390.001 bis 2.400.000 Euro	
Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:	
Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23	
39,00	

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Andrea Gebhard**
Funktion: Präsidentin
2. **Evelin Lux**
Funktion: Vizepräsidentin
3. **Martin Müller**
Funktion: Vizepräsident
4. **Prof Ralf Niebergall**
Funktion: Vizepräsident

Batraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (16):

1. **Melanie Grabsch**
2. **Alexander Hoeflich**
3. **Dr. Susanne Jany**
4. **Robert Jöst**
5. **Melanie Läge**
6. **Kathrin Rapp**
7. **Fabian Rätzer-Scheibe**
8. **Friederike Schönhardt-Liedtke**
9. **Jörg Schumacher**
10. **Gabriele Seitz**
11. **Dr. Philip Steden**
12. **Kathrin Urbanek**
13. **Sebastian von Oppen**
14. **Ruth Schagemann**
15. **Dr. Tillman Prinz**
16. **Dr. Volker Schnepel**

Gesamtzahl der Mitglieder:

16 Mitglieder am 05.03.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (29):

1. Europaverband Architect's Council of Europe (ACE)
2. Internationalen Architekturverband UIA
3. ECTP - European Council of spatial planners

4. ECIA - European Council of interior architects
5. IFLA - International federation of landscape architects
6. ASAP - Akkreditierungsverbund für Studiengänge e.V.
7. Bundesverband der Freien Berufe (BFB) e.V.
8. Bundesverband deutscher Pressesprecher e.V.
9. Berliner Pressesprecher e.V.
10. BIM - Building information modeling (BIM Beirat - beendet)
11. Building Smart e.V.
12. Deutsche Gesellschaft für Baurecht e. V.
13. Deutscher Baugerichtstag e.V.
14. Deutschland Baut!
15. DGFM - Dt. Ges. f. Mauerwerks- und Wohnungsbau - Impulse Wohnungsbau
16. DGNB - Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen
17. DIN e.V. - Verein zur Förderung der Normung im Ber. Bauwesen (f. NABau)
18. DV - Dt. Verband f. Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung
19. Europan e.V.
20. European Forum for Architectural Policy (EFAP)
21. Förderverein Bundesstiftung Baukultur e.V.
22. Forum Vergabe e. V.
23. Institut für Sachverständigenwesen e. V. (IfS)
24. Europäische Bewegung Deutschland EBD e.V.
25. NaWoh - Verein zur Förderung der Nachhaltigkeit im Wohnungsbau e.V.
26. Rat für Baukultur im Deutschen Kulturrat e. V.
27. Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e. V.
28. Koalition Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland (k3d)
29. Klimarunde BAU

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (37):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Außenpolitik; Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik; Internationale Beziehungen; Außenwirtschaft; Hochschulbildung; Allgemeine Energiepolitik; Erneuerbare Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Kultur; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Rente/Alterssicherung; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Handel und Dienstleistungen; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Architektur, Digitalisierung, Normung, Vergaberecht, Architektenvertragsrecht, HOAI, Kostenrecht, Urheberrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Bundesarchitektenkammer e.V. (BAK) ist ein Zusammenschluss der 16 Länderarchitektenkammern in Deutschland. In Angelegenheiten, welche die Architektenschaft berühren, bringt sie die Auffassung des Berufsstandes gegenüber der Allgemeinheit sowie den zuständigen Institutionen auf Bundes-, europäischer sowie internationaler Ebene zur Geltung, pflegt Kontakte zu den Architektenverbänden und Organisationen im Bereich des Bauwesens und vertritt den Berufsstand auf Bundes-, europäischer und internationaler Ebene.

Das Ziel ihrer Interessenvertretung ist, die gemeinsamen Belange der Architektenschaft innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, auf europäischer und internationaler Ebene gemäß den Beschlüssen der Bundeskamerversammlung und des Vorstandes zur Geltung zu bringen.

Zum Zweck der Interessenvertretung übt die BAK folgende Tätigkeiten aus:

Die BAK nimmt regelmäßig Kontakt mit dem Deutschen Bundestag und mit der Bundesregierung auf. Die BAK tritt dafür an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung heran, korrespondiert mit ihnen und führt mit ihnen Gespräche. Die BAK führt zudem regelmäßig Veranstaltungen u. a. mit Fachdiskussionen zu berufspolitischen Themen oder zur Vernetzung ihrer Mitglieder mit der Politik durch und lädt dazu Vertreterinnen und Vertreter des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung ein. Die BAK adressiert im Deutschen Bundestag die Organe, Gremien, Mitglieder, Fraktionen oder Gruppen sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die BAK adressiert die Bundesregierung sowie Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter, Unterabteilungsleiterinnen und Unterabteilungsleiter sowie Referatsleiterinnen und Referatsleiter

Die BAK nimmt zu Regelungsvorhaben Stellung. Sie reicht die Stellungnahmen im Rahmen von Verbändeanhörungen bei den zuständigen Bundesministerien ein und veröffentlicht sie auf bak.de. Die BAK übermittelt ihre Stellungnahmen auch an Vertretungen des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung.

Die BAK informiert in Positionspapieren und Pressemitteilungen öffentlichkeitswirksam über ihre Haltung zu berufspolitischen Anliegen und sendet die Dokumente auch an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung.

Konkrete Regelungsvorhaben (27)

1. Änderung des Zivilrechts zur Erleichterung von Abweichungen von den anerkannten Regeln der Technik

Beschreibung:

Planen und Bauen müssen einfach, kostengünstig, innovativ und damit auch klimafreundlich werden. Das Ziel, in Zukunft kostengünstiger und ressourcenschonender zu bauen, darf nicht durch Rechtsunsicherheit auf Seiten aller am Bau Beteiligten konterkariert werden. Die BAK setzt sich daher ein für:

Erleichterung bei Abweichung von bauaufsichtlich eingeführten Technischen Baubestimmungen.

Erleichterung von Abweichungen von den sog. anerkannten Regeln der Techik (aaRdT Rechtliche Grundlagen zur

Möglichkeit der Vereinbarung eines Gebäudetyps-e.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13959 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur zivilrechtlichen Erleichterung des Gebäudebaus (Gebäudetyp-E-Gesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]; Architektur, Digitalisierung, Normung, Vergaberecht, Architektenvertragsrecht, HOAI, Kostenrecht, Urheberrecht

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2408260006 \(PDF - 10 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. [SG2502140006 \(PDF - 10 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Beibehaltung und Stärkung des in § 97 Abs. 4 GWB geregelten Losgrundsatzes

Beschreibung:

Bei dem Vorschlag im Entwurf des Vergaberechtstransformationsgesetzes zur Änderung von § 97 Abs. 4 GWB handelt es sich aus unserer Sicht im Ergebnis um eine camoufierte defacto-Abschaffung des bisherigen Losgrundsatzes. Eine flächendeckende, undifferenzierte Quasi-Abschaffung der mittelstandsfreundlichen Vergabe lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Jedenfalls im Bereich Planen und Bauens muss der Losgrundsatz nicht

nur beibehalten, sondern vielmehr gestärkt werde. Dies gilt insbesondere, soweit Gesamtvergaben sowohl die Planung als auch das Bauen erfassen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die geplante Änderung von §97 Abs. 4 GWB nicht in dieser Form umgesetzt wird, sondern es beim Planen und Bauen beim bewährten Prinzip der losweisen Vergabe bleibt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14344 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Transformation des Vergaberechts

(Vergaberechtstransformationsgesetz - VergRTransfG)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]; VgV 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Architektur, Digitalisierung, Normung, Vergaberecht, Architektenvertragsrecht, HOAI, Kostenrecht, Urheberrecht

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2502140007** (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2502140008** (PDF - 21 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

3. **Nichteinführung eines neuen § 246e BauGB**

Beschreibung:

Das BauGB soll den Zielen der Leipzig-Charta folgen und eine gerechte, blau-grüne und produktive Stadtentwicklung mit Leitsätzen für eine integrative und transformative Flächenplanung ermöglichen.

Die BauGB-Novelle muss klare Steuerungsmöglichkeiten für kommunales Handeln bieten. Vor allem müssen die Instrumente einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik gestärkt werden. Der Umgang mit veralteten Bebauungsplänen muss erleichtert werden. Die Einführung des § 246e BauGB ist zu verhindern

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13091 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung

Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]; BauNVO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Ländlicher Raum [alle RV hierzu];

Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2408160006 (PDF - 21 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 16.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

4. Einführung neuer rechtlicher Regelungen in die Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie

Beschreibung:

Wir fordern eine Umstellung auf energieeffizientes Bauen.

Unser Ziel ist es, die Deklaration und Reduktion von Lebenszyklus-THG-Emissionen als integralen Bestandteil des Ordnungsrechts zu verankern. Dies erfordert klare, harmonisierte Rechen- und Nachweisregeln, die bereits in der Planungsphase eines Bauprojekts angewendet werden. Ebenso wichtig ist die Schaffung verlässlicher Grundlagen, die Planern und Bauherren Sicherheit bei der Umsetzung bieten

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

5. Umsetzung der EU-Bauproduktenverordnung

Beschreibung:

Praxistaugliche Umsetzung der Verordnung

Betroffenes geltendes Recht:

BauPG 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]

6. Einführung des Nature Renovation Law

Beschreibung:

Die Einführung des Nature Restoration Law stellt aus Sicht der BAK ein wichtiges Signal dar. Wir fordern daher dazu auf, das Nature Restoration Law umzusetzen, im Sinne der Ökosysteme und für Europa.

Betroffenes geltendes Recht:

BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]

7. Änderung bestehender Regelungen in der EU-Produkthaftungsrichtlinie

Beschreibung:

Faire Verteilung von Haftungsrisiken beim Einsatz von KI gestützter Software

Betroffenes geltendes Recht:

ProdHaftG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

8. Energieeinsparrecht

Beschreibung:

Förderung energetischer Effizienz in Gebäuden, Vereinfachung von Vorschriften für praxisgerechte Umsetzung und Berücksichtigung der Bedürfnisse von Architekten.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

9. Gebäudeförderung

Beschreibung:

Sicherstellung qualitativ hochwertiger Bauvorhaben, Förderung nachhaltiger Bauweisen und Berücksichtigung der Interessen der Architekten hinsichtlich Fördermittelvergabe.

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

10. Nachhaltiges Planen und Bauen

Beschreibung:

Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in Bauprojekten, Schaffung praxistauglicher Kriterien und Sicherstellung einer ganzheitlichen Umsetzung aus Sicht der Architekten.

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2411110026** (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

11. Erneuerbare Energien

Beschreibung:

Förderung erneuerbarer Energien in Bauvorhaben, Schaffung von Anreizen für Architekten zur Integration erneuerbarer Energien und Vereinfachung der Planungs- und Genehmigungsprozesse.

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406030022** (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

12. Nachwachsende Baustoffe

Beschreibung:

Förderung nachhaltiger Bauweisen und Baustoffe, Sicherstellung von Qualitätsstandards und Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für den Einsatz aus Sicht der Architekten.

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

13. Klimaanpassung

Beschreibung:

Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, Schaffung von Anreizen für klimaresiliente Bauweisen und Integration von Klimaschutzaspekten in die Bauplanung unter Berücksichtigung der Expertise von Architekten.

Betroffenes geltendes Recht:

KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

14. Transparenzinitiative des Bundes

Beschreibung:

Förderung Transparenz in ÖPP-Verfahren.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]

15. Mehrparteienverträge im öffentlichen Bauwesen

Beschreibung:

Sicherung von Qualität und Schutz Mittelstand

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Architektur, Digitalisierung, Normung, Vergaberecht, Architektenvertragsrecht, HOAI, Kostenrecht, Urheberrecht

16. KI, insbes. Urheberrecht

Beschreibung:

Schutz der Daten und der urheberrechtlichen Interessen von Architekten.

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Architektur, Digitalisierung, Normung, Vergaberecht, Architektenvertragsrecht, HOAI, Kostenrecht, Urheberrecht

17. Onlinezugangsgesetz (OZG)

Beschreibung:

Praktikable Implementierung des digitalen Bauantrages unter der Anbindung von di.Bastai

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Architektur, Digitalisierung, Normung, Vergaberecht, Architektenvertragsrecht, HOAI, Kostenrecht, Urheberrecht

18. BIM-Strategie des Bundes

Beschreibung:

Praxisgerechte Einführung der Methode BIM

Interessenbereiche:

Architektur, Digitalisierung, Normung, Vergaberecht, Architektenvertragsrecht, HOAI, Kostenrecht, Urheberrecht

19. Datenstrategie des Bundes

Beschreibung:

Zukunftsfähige Datennutzung

Interessenbereiche:

Architektur, Digitalisierung, Normung, Vergaberecht, Architektenvertragsrecht, HOAI, Kostenrecht, Urheberrecht

20. Bauordnungsrecht

Beschreibung:

Ausgestaltung der MBO im Sinne des Umbaus von Bestandsgebäuden, Erleichterung für Erweiterungen und Einführung des qualifizierten Freiflächenplans (QFP)

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Architektur, Digitalisierung, Normung, Vergaberecht, Architektenvertragsrecht, HOAI, Kostenrecht, Urheberrecht

21. Themen der Baunormung

Beschreibung:

Praxisgerechte und anwenderfreundliche Baunormung

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Architektur, Digitalisierung, Normung, Vergaberecht, Architektenvertragsrecht, HOAI, Kostenrecht, Urheberrecht

22. Initiative AGB-Recht

Beschreibung:

Die Initiative pro AGB-Recht tritt mit Nachdruck dafür ein, den Fairness-Schutz des AGB-Rechts insgesamt zu erhalten.

Zur Erreichung dieses Ziels werden im Rahmen der Interessenvertretung Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie Vertretern der Bundesministerien geführt. Zudem werden den vorgenannten Personen Positionspapiere übermittelt, in denen erläutert wird, weshalb das bestehende AGB-Recht, insbesondere dessen Inhaltskontrolle, zu erhalten ist und welche nachteiligen Folgen eine Änderung des AGB-Rechts im unternehmerischen Geschäftsverkehr für die Realwirtschaft hätte.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8649 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit - (Justizstandort-Stärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu];

Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2406240176](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BM) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. [SG2406240180](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BM) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

**23. Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes u
des Justizkostenrechts**

Beschreibung:

Stellungnahme insbesondere zu der Änderung des Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetztes in Art. 6 KostRÄG 2025 und hier zu der Vorschrift mit direktem Bezug zu Architekturschaffenden, die als Sachverständige tätig sind.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes und des Justizkostenrechts (Kostenrechtsänderungsgesetz 2025 - KostRÄG 2025) (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 18.06.2024

Federführendes Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

JVEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Zivilrecht [alle RV hierzu]; Architektur, Digitalisierung, Normung, Vergaberecht, Architektenvertragsrecht, HOAI, Kostenrecht, Urheberrecht

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2407120013](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BM) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. [SG2502120018](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BM) (20. WP) [alle SG dorthin]

24. Öffentliche Konsultation zum Anpassungsbedarf des Urheberrechts im Hinblick auf Umgestaltungen von Bauwerken**Beschreibung:**

Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Konsultation zum Anpassungsbedarf des Urheberrechts im Hinblick auf Umgestaltungen von Bauwerken.

Betroffenes geltendes Recht:

UrhG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Architektur, Digitalisierung, Normung, Vergaberecht, Architektenvertragsrecht, HOAI, Kostenrecht, Urheberrecht

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2407120014](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BM) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. [SG2502120019](#) (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

25. Corporate Sustainability Reporting Directive CSRD

Beschreibung:

Die Corporate Sustainability Reporting Directive – CSRD“ ist die EU-Richtlinie zur unternehmerischen Nachhaltigkeitsberichterstattung. Sie verpflichtet die erfassten Unternehmen die von ihnen verfolgten Konzepte, Risiken und Leistungsindikatoren in Bezug auf Umwelt, Arbeitnehmerbelange, soziale Belange, Menschenrechte und Korruption darzulegen, sofern diese als wesentlich erachtet werden.

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

26. Tariftreuegesetz

Beschreibung:

Keine über das Mindestlohngesetz hinausgehende weitere staatliche Mindestlöhne durch die Hintertür für Wirtschaftszweige, in denen Tarifverträge keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes und weitere Maßnahmen (Tariftreuegesetz) (20. WP) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 24.10.2024

1. Federführendes Ministerium: BMAS [alle RV hierzu] (Vorgang)
2. Federführendes Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu] (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

ArbGG [alle RV hierzu]; SchwarzArbG 2004 [alle RV hierzu]; GWB [alle RV hierzu]; WRegG [alle RV hierzu]; BetrVG [alle RV hierzu]; TVG [alle RV hierzu]; MiLoG [alle RV hierzu]; AEntG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Architektur, Digitalisierung, Normung, Vergaberecht, Architektenvertragsrecht, HOAI, Kostenrecht, Urheberrecht

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2411110018** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG
dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

27. Gesetz zur Förderung und Entbürokratisierung der Verbraucherstreitbeilegung

Beschreibung:

Befürwortung, dass zum Abbau von Bürokratie für Planungsbüros von Architektinnen und Architekten aller Fachrichtungen die bisherige überschießende Umsetzung der ADR-Richtlinie zurückgenommen werden soll

Referentenentwurf:

Gesetz zur Förderung und Entbürokratisierung der Verbraucherstreitbeilegung (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 16.10.2024

Federführendes Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

VSBG [alle RV hierzu]; UnivSchlichtV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2501210005** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. European Education and Culture Executive Agency (EACEA)

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Teilnahme am EU Projekt ARCH-E (European Platform for Architectural Design Competitions). Projektnummer: 101100268

Mitwirkung am paneuropäischen Projekt als ein Konsortialpartner. Hauptziel von Arch-E ist die Förderung hochwertiger architektonischer Lösungen für die gebaute Umwelt durch die verstärkte Nutzung von Architekturwettbewerben in Europa und die Überwindung grenzüberschreitender Marktbarrieren auf dem Markt für Architekturdienstleistungen. Die wichtigsten Ergebnisse werden eine "Arch-E Map", eine vergleichende Beschreibung der nationalen Wettbewerbssysteme und ein mehrsprachiges Arch-E Glossar mit Fachbegriffen sein sowie eine neu entwickelte Arch-E Online-Plattform. Projektlaufzeit bis 2026.

Schenkungen und sonstige lebzeitzige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

3.160.001 bis 3.170.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

[20231026-BAK-JAP-2022-final.pdf](#)